

Wie unter TOP 1 beschlossen, wurde TOP 6, „Einführung von Bewohnerparkvorrechten in den Wohnquartieren ‚Europaring‘ und ‚Spichelsfeld/Blumenviertel/von-Claer-Straße‘“, DS-Nr. 22/0437 vorgezogen und vor TOP 4, „Knotenpunkt B56/Reinold-Hagen-Straße/Bundesgrenzschutzstraße“, DS-Nr. 22/0480, behandelt.

Herr Gleß erläuterte, dass die Verwaltung offiziell angefragt habe, ob jemand von Straßen NRW und/oder der Bundesstadt Bonn im hiesigen Mobilitätsausschuss erscheinen könne, um etwas zu dieser Planung zu berichten. Er habe weder von der Bundesstadt Bonn noch von Straßen NRW eine Resonanz erhalten.

Seines Wissens habe die Stadt Bonn den Baulastträger beauftragt, die Planung zu erstellen.

Er persönlich sei darüber verärgert.

Als am 30.1.2018 seitens Straßen NRW die Planung für diesen Kreuzungsbereich vorgestellt wurde, sei er damals schon kritisch damit umgegangen. Nicht mal mit der Planung selbst, weil er die Planung damals nicht beurteilen konnte. Er habe damals gesagt, dass keine Abstimmung zur Fortführung der Erarbeitung der Planung mit der Stadt Sankt Augustin stattgefunden hat.

Als wesentlich schlimmer habe er aber empfunden, dass gerade an diesem Kreuzungspunkt mit einer Verkehrsbelastung, die ihresgleichen sucht, sich eine verkehrliche Untersuchung, auf deren Grundlage Planungen erfolgen sollen, nicht auf das Gebiet der Stadt Sankt Augustin erstreckt, obwohl dieser Kreuzungspunkt unmittelbar an der Stadtgrenze liegt.

Er glaube sogar, dass ein paar Quadratmeter Grund und Bodens der Stadt Sankt Augustin für diese Planung erforderlich gewesen seien.

Er habe das damals sehr kritisch geäußert. Er habe gehofft, dass es dort angekommen ist und berücksichtigt wird, wenn die Planungen forciert werden.

Jetzt sei erneut aus der Presse zu entnehmen, dass irgendetwas beim Rat der Stadt Bonn und beim dortigen Verkehrsausschuss vorgestellt worden ist, was nicht mit der Stadt Sankt Augustin abgestimmt wurde. Zum wiederholten Male.

Er müsse erneut feststellen, dass dort Abstimmung und Transparenz zweier Nachbarkommunen, die beide von diesem Kreuzungspunkt und dessen Umbau profitieren würden, nicht beachtet wurden.

Das sei insbesondere bedauerlich, weil es sich dort um ein Projekt in mehrfacher Millionenhöhe handelt.

Er müsse jetzt also unterstellen, dass die verkehrliche Untersuchung (Bestandsanalyse), die auch jetzt möglicherweise vorgenommen worden ist, mutmaßlich ebenfalls nicht die Stadt Sankt Augustin mit einbezogen hat. Das finde er extrem schade.

Es ärgere ihn dann noch mehr, wenn auf höfliche Anfragen, ob jemand in der hiesigen Sitzung erscheinen kann, nicht reagiert wird.

Insofern sei er etwas hilflos und informationslos. Das dürfe es bei einer solchen Maßnahme, die sich definitiv auf die B56, die Bundesgrenzschutzstraße, den Ortskern Hangelar auswirken wird, nicht sein.

Er erwarte ein anderes Vorgehen.

Der Vorsitzende erläuterte, dass er in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender einen Bonner Stadtbaurat angeschrieben und um Information gebeten habe. Sein

Erkenntnisgewinn decke sich mit dem des technischen Beigeordneten. Er habe auch keine Antwort bekommen.

Herr Puffe bekräftigte, dass man so nicht miteinander umgeht.

Bereits vormals sei die Stadt Sankt Augustin nicht informiert worden. Jetzt dürfe man erneut aus der Zeitung erfahren, dass die Stadt Bonn andere Pläne als das, was Beschlusslage war, ohne Abstimmung mit der Nachbarkommune Sankt Augustin angehen möchte.

Das missbillige seine Fraktion ausdrücklich. Man sei den Kolleginnen und Kollegen der CDU in Bonn sehr dankbar. Die habe einen Beschlussvorschlag eingereicht, wonach das Thema vertagt wird, Gespräche mit der Nachbarkommune aufgenommen werden, mit Straßen NRW und mit der Bundes- und Landesebene Gespräche gesucht und man doch zur großen Kreisellösung komme, die die Sankt Augustin als die zu planende und zu erstrebende Lösung ansieht.

Die Planung der Stadt Bonn zeige lange Tunnelunterführungen für den Radverkehr. Das seien Angsträume.

Aus der vorliegenden Sitzungsvorlage sei zum Thema „Entwässerung“ zu entnehmen, dass es auf Sankt Augustiner Stadtgebiet hinter diesem Kreuzungspunkt zu massiven Problemen auf der B56 kommen werde.

Daher appelliere die CDU-Fraktion an die Verwaltung und den Rat in Sankt Augustin in Gänze, dass man hier zusammenstehe und die Vertagung in Bonn auch als Chance sehe, dass zu der großen Kreisellösung zurückgefunden und diese weiter forciert wird.

Dem Generalanzeiger sei heute Nachmittag zu entnehmen gewesen, dass der Wohnpark II in Bonn auf längere Zeit verschoben wird.

Herr Metz teilte für seine Fraktion mit, dass man beide präsentierten Varianten nicht gut finde.

Der Plan, dort den Knoten mit einer Ampelanlage sehr stark auszuweiten sei heftig, weil es dann dort stellenweise acht Spuren nebeneinander geben werde.

Man wisse, wie schwierig die Verkehrssituation in diesem Bereich ist. Aber ob so etwas städtebaulich noch aktuell ist, könne man hinterfragen.

Das solle man aber auch für den Kreisverkehr mit der Untertunnelung überprüfen. Dies bedeute einige hundert Meter Troglage an der B56 mitten im besiedelten Bereich. So eine Barriere in dieser Form sei auch nicht das Schönste.

Man stehe einer Funktionsverbesserung und dem Umbau des Knotenpunkts durchaus offen gegenüber. Aber man solle das auch in einer Art und Weise tun, die mit der Gesamtzielsetzung einer nachhaltigen Mobilität verträglich ist.

Auch das Thema „Radverkehr“ sei in beiden Varianten äußerst unbefriedigend gelöst. Radfahrer durch einen Tunnel zu schicken, sei indiskutabel.

Besser wäre wohl eine anders geplante beampelte Kreuzung.

Klar sei, dass die Stadt Sankt Augustin durch Straßen NRW und die Stadt Bonn eingebunden werden muss. Das sei hier nicht erfolgt. Man brauche entsprechende Pläne und Gutachten, die natürlich auch die verkehrlichen Auswirkungen auf das Sankt Augustiner Stadtgebiet bewerten.

Es sei ganz klar, dass man zusammenstehen und darüber sprechen müsse, wie man diese Kreuzung anders gestalten kann.

Herr Nettesheim (SPD-Fraktion) berichtete, es sei der Presse zu entnehmen gewesen, dass es ein neues Gutachten gegeben habe, wonach der Verkehrsknotenpunkt an der Stelle bereits schon überlastet ist und eigentlich keine weiteren Fahrzeuge verkraften kann.

Selbst wenn das Wohngebiet in Vilich-Müldorf jetzt nicht so schnell kommt, habe man dennoch die Planung vor Augen, was die Bundespolizei erweitern möchte. Da werde dann natürlich auch erheblicher Verkehr hinzukommen.

Der große Kreisverkehr sei für seine Fraktion immer der Favorit gewesen, weil er als leistungsfähige Version galt. Hier habe die SPD-Fraktion ihre Meinung auch nicht geändert.

Der neue Knotenpunkt als Kreuzungsverkehr mit Ampelschaltung und Tunnel für Fußgänger und Radfahrer sei nicht die Variante, die man sich vorstelle, weil dieser Aufbau für Fußgänger und Radfahrer unfallträchtiger ist und langfristig Wartungs- und Energiekosten verursacht. Deswegen sei man weiterhin für die Lösung des Kreisverkehrs.